

3142/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3164/J der Abgeordneten Mag. Doris Kammerlander und Genossen vom 30. Oktober 1997, betreffend Erfüllung der Konvergenzkriterien für die Währungsunion, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 3.:

Der in der Einleitung zur Anfrage zitierte Bericht im Kurier vom 13. Oktober 1997 gibt die Studie „Strukturelle Budgetdefizite in Österreich“, die zwar in einer Publikation der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) (Berichte und Studien 3/1997) veröffentlicht wurde, aber keine OeNB-Studie ist, bedauerlicherweise nicht korrekt wieder. Vielmehr enthält der Artikel offensichtlich darüber hinausgehende journalistische Interpretationen, die sich so aus der Studie nicht ableiten lassen. Ich darf daher eine Kopie der Studie zur Prüfung der darin getroffenen Aussagen und der verwendeten Methoden übermitteln.

Zur Frage der Einhaltung der Konvergenzkriterien möchte ich im wesentlichen auf die am 21. Oktober 1997 vom Ministerrat beschlossene Fortschreibung des österreichischen Konvergenzprogrammes, welche dem Parlament bereits übermittelt wurde, hinweisen.

Daraus geht klar hervor, daß Österreich von 1997 bis zum Jahr 2000 die Verpflichtungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion erfüllen wird. Die zitierte Studie enthält keine entsprechende Prognose. Sie basiert auch auf einer inzwischen nicht mehr aktuellen Daten-Basis und es läßt sich zeigen, daß aufgrund der gewählten Methode die Maßnahmen der Budgetkonsolidierung 1996/97 nur zum Teil erfaßt werden, weshalb die entsprechenden Ausführungen für diese Jahre einer Überprüfung nicht standhalten.

Dieser methodische Einwand gilt entsprechend auch für die Aussagen zur Schuldenquote. Ich möchte hier nur daran erinnern, daß bereits im Konvergenzprogramm vom 21. Mai 1996, das

auch im Parlament diskutiert worden ist¹ strukturelle Maßnahmen enthalten sind, die unter anderem auch schuldensenkende Effekte aufweisen. Ich bin zuversichtlich¹ daß Österreich bei einer günstigen Konjunkturlage im Jahr 1998 die Schuldenquote mit den mit dem Budget 1998 beschlossenen Maßnahmen reduzieren wird können. Dies soll aber nichts daran ändern, daß der bereits eingeschlagene Weg der Strukturreformen im öffentlichen Sektor und der Privatisierung weiter verfolgt wird.

Zu 4. bis 7.:

Die Budgetkonsolidierung ist ein permanenter Prozeß, der nie als abgeschlossen betrachtet werden kann. Bereits in meiner Budgetrede vor dem Nationalrat am 18. September 1997 habe ich klargestellt, daß auch in Zukunft Ausgabendisziplin erforderlich sein wird, und mit Nachdruck an notwendigen Strukturreformen weiterzuarbeiten ist. Dies gilt für alle Bereiche, insbesondere für jene, die eine besonders hohe Ausgabendynamik aufweisen.

Im Sozialbereich ergibt sich aus mehreren Gründen ein stetiger Anpassungsbedarf an sich ändernde ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Aus Wirtschafts- und budgetpolitischer Sicht ist eine Erhöhung des Bundesanteils am Sozialprodukt dann höchst problematisch, wenn dies zu steigenden Budgetabgängen führen würde. Weiters sind die Beitragssätze schon jetzt so hoch, daß sie sowohl aus fiskal- als auch aus beschäftigungspolitischen Gründen eher gesenkt als erhöht werden sollten. Schließlich sind pro futuro auch arbeitsmarkt- und bildungspolitische Offensiven in die Überlegungen miteinzubeziehen.

BEILAGE (Strukturelle Budgetdefizite in Österreich) NICHT GESCANNT !!!